

Bücherexperten äusserst streng sein müssen und nicht gelockert werden könnten. Der Abgeordnete akzeptierte die Antwort.

Später kam unter Artikel 30 der Ergänzungsantrag von Büchel wieder auf den Tisch. Er wollte für normale Anwälte die gleichen Vertretungsrechte wie Patentanwälte im Gesetz fixiert haben. Der Antrag wurde mit 14 von 15 Stimmen angenommen. Bei Artikel 32 nahm Landtagspräsident Karlheinz Ritter die Gelegenheit wahr, um die Verordnung der Regierung zu kritisieren. Einerseits bemängelte er, dass die Verordnung neue Regelungen aufstellt und nicht nur Regeln aus dem Gesetz ergänzt, und andererseits in der Praxis zu hohe Anforderungen bei Kollektivunterschriften bestünden. Er plädierte für eine Überprüfung der Verordnung. Ohne weitere Kommentare fuhr man fort.¹⁵²

Nach Genehmigung einiger Artikel verwies Büchel unter Artikel 39 wieder auf seinen Streichungsantrag aus der ersten Lesung, wonach Verwaltungsräte nicht mehr den Disziplinarvorschriften aus diesem Gesetz unterstehen sollten. Vizeregierungschef Kieber war einverstanden. Die Abstimmung war einhellig. Gegen Ende wurde wieder die Frage von Gerard Batliner aufgeworfen, wie man mit den aktuellen Bewilligungen verfahren sollte. Kieber begründete den 5. Juli als Stichtag und die Fixierung im Gesetz. Batliner war einverstanden. Die Abstimmung dazu endete mit 13 Ja-Stimmen. Die Abstimmung über die Gesamtvorlage verlief einhellig.¹⁵³

6.3.4 Fazit

Die Gesetzesänderungen von 1978 und 1979 verliefen geordnet. Die Eintretensdebatte wurde rege benutzt - etwas mehr in der Vorlage von 1978, wo es um die Patentanwälte ging. Die Artikel hat man mehr oder weniger durchbehandelt und die Vorschläge rasch umgesetzt oder abgelehnt. Abstimmungen waren meist einvernehmlich. Besonders war 1979 die Vertretung der Vorlagen durch den Vizeregierungschef Walter Kieber als Ressortvertreter der Regierung. Damit zeichnete ein ehemaliger Regierungschef der FBP verantwortlich für die Behandlung einer Vorlage einer VU-Regierung. Die Umstände für das Fehlen des Regierungschef kamen nicht zur Sprache. Auffällig war, dass Walter Kieber bei einigen Eingaben der Parlamentarier auf eine Antwort verzichtete. Die Regierungschefs liessen in der Regel keine Anfrage unbeantwortet.

Hauptakteure in den Diskussion waren Juristen. Ernst Büchel war in allen Diskussionen prominent. Daneben etablierte sich Wolfgang Feger. Als Präsident des Verwaltungsrates

¹⁵² Ltp vom 5.7.79, S. 320.

¹⁵³ Ltp vom 5.7.79, S. 321-325.